

**PARLAMENTSREDE** von Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 03. Sitzung, 24. November 2011 zum **Thema: Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“**

**Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Brauer! Frau Lange!**

Das Thema passt sehr gut zu dem, was wir vorhin beim Mindestlohn diskutiert haben. Es ist eine richtige Initiative, an einer solch symbolträchtigen Gedenkstätte wie Hohenschönhausen zu thematisieren, wie dort die Gehaltssituation ist. Aber das greift deutlich zu kurz. Das hört auch nicht bei der Stiftung Mauer auf. Tatsache ist doch, dass die gesamte Gehaltssituation bei den Dienstleistern – sozialen, kulturellen – des Landes Berlin ein Problem ist,

[Beifall von Wolfgang Brauer (LINKE)]

und zwar in den Größenordnungen von etwa einer Viertelmilliarde Euro. Das wissen wir doch.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Da gehen die SPD und die CDU hin und machen einen Koalitionsvertrag zur Haushaltspolitik, und dann kommt das Problem nicht darin vor.

Rot-Rot hat uns einen Haushalt hinterlassen, in dem man zum Beispiel im Kultureinzelplan beim Titel Zuschuss an den Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH Folgendes findet: Dort gibt es ein Mehr von 100 000 Euro wegen der Gewährleistung der Zahlung von Löhnen auf Basis des gesetzlichen Mindestlohns und ein Mehr von 200 000 Euro wegen Tariferhöhungen. Ich gönne das den im Friedrichstadt-Palast beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Aber gilt denn irgendetwas dieser Art für irgendein Sozialprojekt, für irgendein Jugendprojekt, für irgendeine Kita freier Träger, für irgendeine freie Schule? – Nein! Zehn Jahre lang hat sich da gar nichts bewegt. Das ist dann die Post, die wir bekommen, das werden andere im Vorfeld des Wahlkampfs auch bekommen haben. Das lese ich Ihnen mal vor, unter anderem die Firma Tandem. Da schreibt der Betriebsrat:

Seit nunmehr zehn Jahren wurden die Gehälter nicht mehr erhöht, es gelten noch immer in Ost und West getrennte Tarifgebiete. Ursache hierfür ist der Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen Senatsverwaltung und TandemSH ...

– Die machen Schulhilfe. –

Dies bedeutet inzwischen Gehaltseinbußen von etwa zehn Prozent. Für all diejenigen von uns, die im ehemaligen BAT-Ost-Bereich arbeiten, ist der Unterschied weit größer! Während sich der Senat einerseits auf die Fahnen schreibt, in seinen Aufträgen Auftragnehmer auf Tariftreue zu verpflichten, schreibt er TandemSH im Geschäftsbesorgungsvertrag vor, unter geltendem Tarif zu zahlen. Betreuerinnen und Betreuer, die an den Schulen mit entsprechender Aufgabenbeschreibung arbeiten, aber direkt beim Senat angestellt sind, werden inzwischen nach TVL-Berlin bezahlt ...

Die Frauenprojekte schreiben durch das Berliner Frauennetzwerk nach der Wahl:

In den Frauenprojekten sind hochqualifizierte Frauen seit Jahren engagiert tätig, viele jedoch ohne ein tarifgerechtes Entgelt. Wir fordern mit Nachdruck, dass auch in den Frauenprojekten endlich angemessene Tarife gelten und die dafür nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Nun könnte ich Ihnen noch mehr solche Briefe zeigen. Und überall ist der Zusammenhang so, dass Sie seit zehn Jahren zum Teil den Anwendungstarifvertrag zur Geltung gebracht und, da nicht korrigiert, Lohnrückerei betreiben, dann aber mit Ihrer Staatlichkeitsideologie hingehen und sagen: Guckt mal auf die freien Träger und die privaten Dienstleister, das ist alles Lohnrückerei, das muss man alles rekommunalisieren! – Sie weisen zum Beispiel gerne auf den Unterschied zwischen einer freien Kita in der Konkurrenz mit einem Kita-Eigenbetrieb hin. – Über eine solche Haltung bin ich fassungslos,

[Beifall bei den GRÜNEN]

weil wir doch dafür sorgen müssen, diese vielfältige Landschaft von sozialen Dienstleistern, die wir erhalten wollen, über die Zuwendungen und Zuschüsse so auszustatten, dass sie ihre Leute auch entsprechend bezahlen können.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Das ist dann eben nicht nur die Gedenkstätte Hohenschönhausen, das ist nicht nur die Stiftung Mauer. Herr Brauer! Sie waren leider in den letzten zehn Jahren daran beteiligt. Das stelle ich hier auch einmal fest. Sie lachen aufseiten der CDU. Sie erben aber das Problem. Und wir alle miteinander werden uns da über eine Größenordnung von bereits heute aufgelaufenen 250 Millionen Euro – wie wir sie finanzieren und gegenfinanzieren – in den Haushaltsberatungen unterhalten können, sonst wird die Schere größer. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]